

AKW-Streit: Mitte bleibt auf Leuthard-Kurs

Handelskammer, Gewerbeverband und Hauseigentümer wollen Bauverbot aufheben – FDP-Jauslin bringt die Geothermie wieder ins Spiel.

Fabian Hägler

«Eine mehrtägige Strommangelgefahr ist kein Netzzusammenbruch oder ein totaler Blackout – es bedeutet, dass das Angebot an Elektrizität die Nachfrage der Haushalte, Firmen und Infrastrukturanlagen nicht decken kann.» Dies schreibt die Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK) und hält fest, dies hätte verheerende Folgen für Unternehmen, die auf Planungssicherheit in der Stromversorgung angewiesen sind.

Deshalb schliesst sich die Handelskammer, die rund 2000 Firmen vertritt, den Forderungen der FDP an. Sie will eine technologieneutrale Planung ohne Verbote, die den Bau von Kernkraftwerken der neueren Generationen erlaubt.

Giezendanner: «Wir wollen ein neues Kernkraftwerk»

Der Aargauische Gewerbeverband unterstützt dies, wie Präsident und SVP-Nationalrat Benjamin Giezendanner sagt: «Für uns ist klar: Wir wollen ein neues Kernkraftwerk. Wir haben keine Urabstimmung durchgeführt, aber im Präsidium sind wir eindeutig dieser Meinung.»

Jeanine Glarner, Präsidentin des Hauseigentümerversands Aargau, hält fest: «Die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer investieren stark in die Dekarbonisierung ihrer Hei-



Marianne Binder, Präsidentin Die Mitte Aargau (2. von rechts), hält am Atomausstieg fest, den die frühere CVP-Bundesrätin Doris Leuthard (2. von links) einleitete.

Bild: André Albrecht (Baden, 18. Mai 2019)

zungsanlagen, viele stellen von Öl oder Gas auf Wärmepumpen um. Entsprechend sind sie auch auf eine sichere Stromversorgung angewiesen.» Diese sei spätestens ab 2025 nicht sichergestellt und das Bundesamt für Energie komme zum Schluss, dass es auch im Jahr 2050 trotz grösstmöglichen Ausbaus der erneuerbaren Energien eine Stromlücke im Winter geben werde. «Der Hauseigentümer-

verband Aargau hat sich schon immer gegen jegliche Technologieverbote ausgesprochen, dies gilt auch für neue Kernkrafttechnologien», sagt Glarner.

Mitte: «Kernkraftwerk ist keine realistische Lösung»

Damit sind die Fronten in der AKW-Debatte praktisch geklärt: FDP, SVP und Wirtschaftsverbände wollen das Neubauverbot aufheben, SP, Grüne und GLP

sie abwenden könne, sagt Binder. Sie betont: «Auch wenn es jetzt schon kein Technologieverbot gibt, bilden für Die Mitte Aargau neue Kernkraftwerke keine realistische Lösung für das zeitlich drängende Problem. Projektierung und Bau dauern lange, die Kosten sind enorm hoch, und wo sind die Investoren und die Versicherung, welche die Risiken decken?»

Das Stimmvolk habe 2017 der Energiestrategie 2050 klar zugestimmt, «auch mit Unterstützung des Freisinns», sagt Binder. Das Volk habe zum Ausdruck gebracht, dass Kernkraftwerken keine neuen Rahmenbewilligungen mehr erteilt werden sollen. «Auch wenn das CO₂-Gesetz abgelehnt wurde, was sicher ein Rückschlag ist, müssen wir den Weg effizient weiterverfolgen», betont sie.

Der Auftrag an die Politik liege in einer hohen Eigenversorgung und mehr erneuerbarer Energie im Inland. «Konkret braucht es Anreize für den Ausbau von Fernwärmenetzen und mehr Innovationen im Bereich der Energiespeicherung.» Sehr viel Potenzial sieht Binder bei der Energieeffizienz. «Mit einer raschen Sanierung unseres Gebäudeparks liesse sich massiv Energie sparen, hier braucht es mehr Anreize für Eigentümer.» Gaskraftwerke könnten eine kurzfristige Lösung sein, allerdings seien diese nicht sehr

klimafreundlich und die Schweiz wäre stark vom Ausland abhängig, etwa von Russland.

Jauslin sieht Geothermie wieder im Aufwind

FDP-Nationalrat Matthias Jauslin, der wegen seiner Kritik am AKW-Entscheid der Freisinnigen mit der Partei im Clinch liegt, setzt auf eine andere Energiequelle. Der Verein Geothermische Kraftwerke Aargau, den Jauslin präsidiert, nimmt einen Entscheid des Kantons Jura für ein Projekt in Haute-Sorne zum Anlass, die Erdwärme als Energie der Zukunft zu propagieren. «Bleibt zu hoffen, dass sich der Aargau und der Rest der Schweiz vom geothermischen Aufwind mitreissen lassen», wird er in der Mitteilung zitiert.

Bei zwei Geothermieprojekten in Basel und St. Gallen kam es 2007 und 2013 zu Erdbeben, seither gibt es Vorbehalte gegenüber der Technologie. Auch der Aargauer Regierungsrat blieb bei politischen Vorstössen vage und zurückhaltend, wie Jauslin festhält. Zuletzt habe es aber positive Erfahrungen mit aktuellen Projekten gegeben. «Deshalb ist jetzt ein idealer Zeitpunkt, die Potenziale im Aargau zu prüfen und gute Rahmenbedingungen für mögliche Projekte zu schaffen – selbstverständlich immer unter Einhaltung strenger Auflagen an die Sicherheitsvorkehrungen», so Jauslin.